BV Opfer der NS-Militärjustiz e.V. Gemeinnützig anerkannter Verein - Vereinsvorstand - c/o G. Knebel Ludwigsburger Str. 22, 28215 Bremen Telefon 0421 / 374557 www.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de

Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz



Richtigstellung

In ihrer Reaktion auf die Aufkündigung der Zusammenarbeit seitens der Bundesvereinigung erklärt die Stiftung Sächsische Gedenkstätten ihr Bedauern über diesen Schritt und versucht ihn gleichzeitig als unbegründet hinzustellen.

So wird Stiftungsgeschäftsführer Dr. Markus Pieper mit den Worten zitiert: "Gerade in Bezug auf die Neugestaltung der Dauerausstellung in Torgau hat in der letzten Zeit ein von uns sehr begrüßter konstruktiver Dialog zwischen unserer Stiftung und der Bundesvereinigung stattgefunden. (...) Differenzen in der Beurteilung der Militärjustiz als Terror- und Verfolgungsinstrument im Nationalsozialismus haben sich in den Gesprächen in keiner Weise gezeigt." (Medieninformation der Stiftung vom 2. April 2024) Und abschließend: "Wir nehmen den Gesprächsfaden jederzeit gerne wieder auf." (ebd.) Diese Aussage ist in doppelter Hinsicht falsch.

Zunächst im Hinblick auf die **Beurteilung der NS-Militärjustiz**:

In ihrer ausführlichen Stellungnahme zum Überarbeitungskonzept der Ausstellung vom 26. April 2023 hat die Bundesvereinigung die Darstellung der NS-Militärjustiz sowohl grundsätzlich als auch im Detail kritisiert. In grundsätzlicher Hinsicht heißt es: "Dieses Konglomerat von Fehlern und Unzulänglichkeiten führt letztlich zu einer inadäquaten zeitgeschichtlichen Einordnung der NS-Militärjustiz." Als Detailbeleg für diese Kritik wird u. a. angeführt: "So wird unter 2.0.2 ihre Vorgehensweise mit den Worten 'äußerste Härte' beschrieben. An anderer Stelle heißt es: 'Hunderttausende weitere Soldaten wurden für echtes oder vermeintliches Fehlverhalten hart bestraft.' Mit dieser Formulierung wird der Unrechtscharakter der NS-Militärjustiz verharmlost, weil alle Verurteilungen auf Grundlage der Nazi-Ideologie erfolgten und zudem nach den Erfordernissen des geführten Vernichtungskriegs. Deshalb ist das Kriterium 'hart' unangemessen, verbirgt es doch den grundsätzlichen Unrechtscharakter dieser Justiz hinter einer alltagssprachlichen Redewendung."

Zur Gesprächsbereitschaft der Stiftung:

Grundsätzlich drückte die Bundesvereinigung ihre Erwartung einer strukturierten Zusammenarbeit bei der weiteren Überarbeitung der Ausstellung in der Stellungnahme mit den Worten aus: "Diese Lage zu überwinden ist eine notwendige Voraussetzung für eine für alle Seiten akzeptable Kooperation." Damit wurde die Notwendigkeit eines fortgesetzten Austausches explizit angesprochen. Bereits beim ersten und einzigen Gespräch zwischen Bundesvereinigung und Stiftung einen Monat zuvor am 28.3.2023 – weitere Gespräche haben, anders als der Plural in der Medieninformation suggeriert, nicht stattgefunden – war angesichts der offenkundigen Differenzen seitens der Bundesvereinigung am Ende des Treffens mündlich resümiert worden, man sehe Fortschritte und begrüße sie, halte aber weitere Gespräche für unbedingt notwendig. Auf der am Folgetag stattfindenden Beiratssitzung hat der BV-Vertreter diese Position wiederholt. Sie ist auch im Protokoll der Sitzung, wenn auch verkürzt, wiedergegeben worden: "Herr Dr. Surmann bestätigt, dass die Arbeitsatmosphäre viel besser geworden sei. Viele Fragen in Bezug auf die Ausstellung seien geklärt worden,

aber weiterer Austausch wäre notwendig." (Protokoll der 63. Sitzung des Stiftungsbeirats am 29.3.2023, S. 3). Der anwesende Stiftungsgeschäftsführer reagierte hierauf weder im Verlauf der Sitzung noch in den Wochen danach in irgendeiner Form.

Auf diese wiederholt vorgetragene Erwartung einer Fortsetzung des Austausches hat die Stiftung auch später nicht positiv reagiert. Sie hat hinsichtlich der in der BV-Stellungnahme zum Ausdruck gebrachten umfassenden Kritik lediglich mit allgemeinem Dank und einer – ähnlich wie in der Medieninformation formuliert – ebenfalls allgemein gehaltenen Bereitschaft zur Kenntnisnahme verbunden mit einer ihr angemessen erscheinenden Umsetzung geantwortet. Über die Konsequenzen aus ihrer Ausstellungskritik ist die Bundesvereinigung nie informiert worden. Angesichts der Tragweite dieser Kritik hätte aber auch der Stiftung daran gelegen sein müssen, sich über die unterschiedlichen Positionen mit dem Ziel einer gelingenden Ausstellungsüberarbeitung auszutauschen.

Ihre Grundposition des weiterhin bestehenden Gesprächsbedarfs hat die Bundesvereinigung wiederholt vorgetragen. So heißt es in einer E-Mail an die Leiterin des Lernortes Torgau und an den Stiftungsgeschäftsführer vom 27.4.2023: "Aus unserer Warte dürfte die kommunikative Einbeziehung unserer Perspektive als NS-Opferverband, dessen sachverständige Beratung 1998, 2002 und 2009 auch der Deutsche Bundestag im Vorfeld der einschlägigen Rehabilitierungsgesetze eingeladen hat, zur Realisierung der neu konzipierten Ausstellung im angestrebten Zeitplan nur förderlich sein." Stattdessen teilte der Stiftungsgeschäftsführer in seinem allgemeinen Bericht über die Arbeit der Stiftung während der Beiratssitzung vom Herbst 2023 den Beiratsmitaliedern – damit auch dem Vertreter der Bundesvereinigung – mündlich mit, die Ausstellungskonzeption sei in wesentlichen Punkten geändert worden. Der BV-Vertreter kritisierte diese Vorgehensweise vor dem Hintergrund der wiederholten Aufforderungen zum Gespräch als inakzeptabel. Dies gelte auch für die lapidare Art der Übermittlung der Veränderungen nach fast 15 Jahre zurückliegendem Überarbeitungsbeschluß. Eine solide Auseinandersetzung mit der neuen Beschlußlage sei unter diesen Bedingungen nicht möglich. Die Stiftung änderte ihre Haltung jedoch weder im Verlauf der Beiratssitzung noch in der Zeit danach.

Insofern gibt es keinen "Gesprächsfaden", den die Stiftung "gerne wieder aufnehmen" will. Sie hat vielmehr nach dem ersten Treffen jeden weiteren Austausch durchgängig verweigert und insofern die altbekannte Stiftungspolitik fortgesetzt. Nach dreißig Jahren der Auseinandersetzung ist damit aus Sicht der Bundesvereinigung ein Schlußpunkt erreicht.

Bremen, 26. April 2024

gez. Günter Knebel

gez. Dr. Rolf Surmann

2

ehemaliger Vorsitzender (1990-2018): Ludwig Baumann (* 13.12.1921, † 5.07.2018) Vorsitz aktuell vakant.

Schriftführer: Günter Knebel E-Mail: info@bv-opfer-ns-militaerjustiz.de Wissenschaftlicher Beirat

Ehrenvorsitz: Prof. Dr. Manfred Messerschmidt, Freiburg † / Vorsitzender: Prof. Dr. Detlef Garbe, Hamburg /

Beisitzer:

Günter Saathoff, Berlin / Prof. Dr. Peter Steinbach, Berlin / Dr. Rolf Surmann, Hamburg / Prof. Dr. Wolfram Wette, Freiburg.